

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

B/XXVII/24

3. Februar 1972

Ja! Herr Dr. Schröder!

Die Ratifizierungs-Debatte hat bereits
begonnen.

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen.

Stepsis und Hoffnung der "Europäischen Linken"

Gedanken zum dritten Kongreß der Bewegung
Europäischer Sozialisten in Paris

Von Gerhord Flämig MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 3 und 4 / 75 Zeilen.

Krankenhausbau - eine öffentliche Aufgabe

Milliardendefizit-Ausgleich nicht zuF Kosten
der Patienten

Von Dr. med. Hans Bardsens MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend/
Familie/Gesundheit

Seite 5 / 46 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Haussallee 2-10
Postfach: 120 409
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 886 846 / 886 847
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Ja! Herr Dr. Schröder!

Die Ratifizierungs-Debatte hat bereits begonnen

Mit dem dramatisierenden Titelausruf "Nein!" hat der ranghöchste Außenpolitiker der CDU, der ehemalige Bundesaußenminister Dr. Gerhard Schröder (61) sein Votum gegen die Ratifizierung der beiden ersten Ostverträge abschließend dokumentiert. Damit dürfte die Haltung auch der CDU-Gruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ähnlicher Weise wie die der CSU-Gruppe festgelegt sein. - fast drei Wochen vor dem 23. Februar, dem Tag, an dem im Bundestagsplenum offiziell-formell mit der ersten Lesung der beiden Ratifizierungsgesetze begonnen wird. Die Debatten verlieren dadurch begreiflicherweise jetzt schon ihre politische Brisanz, die erst mit dem Abstimmungsvorgang wieder in das Haus zurückkehren kann. Farbe wird die Debatte also vornehmlich durch die Reden der Parteienprominenz gewinnen, und auch da hat eines der CDU-Asse, jedenfalls Dr. Schröder, jetzt schon sein Pulver weitgehend verschossen.

Bei allem Respekt vor dem alten Kämpfer: Sachlich überzeugen kann das, was er in der "Zeit" als Anti-Argumente vorgebracht hat, auch bei freundlichster Anstrengung herzlich wenig. Den Befürchtungen, die er erstaunlich unfundiert vorträgt, kann jeder Befürworter der Verträge mindestens ebenso eloquent und flüssig mehr als die gleiche Zahl an Pro-Argumenten gegenüberstellen. Im Gegensatz zu Schröder nützt ihm zudem die Tatsache, daß er sein Plädoyer auf klare Bezüge, auf Fakten stützen kann, die sich aus den Vertragstexten und dem sie begleitenden Material ergeben, wozu etwa die Protokolle, die Briefe und die Erklärungen zählen. Dr. Schröder muß mit Wann und Aber arbeiten

und sich in Vermutungen flüchten, die sich für ihn aus einer von vornherein festgelegten und in den letzten Wochen nur noch verhärteten Negativ-Position ergeben.

Diese Entwicklungs-Haltung ist für einen seriösen Politiker wie Dr. Schröder erstaunlich und bedauerlich. Aber er, der sich unverwechselbar von den mehr und mehr von Emotionen zwangsgeliteten Politikern der beiden Unionsparteien unterscheidet, wird sich das Votum gewiß nicht leicht gemacht haben. Sein Wort soll deshalb als Ausdruck gewichtigen politischen Willens gewürdigt und beachtet werden. Daß wir hier an dieser Stelle ebenso unumwunden und pointiert ein festes "Ja" zu diesen beiden ersten Ostverträgen sagen, denen dann noch die übrigen Abkommen folgen sollen, wird gerade Dr. Schröder als politisch zulässig und richtig akzeptieren.

Wir stimmen ihm voll zu, wenn er fordert, daß die Ratifizierungs-Debatte in- und außerhalb des Parlaments ohne Verteufelung der Gegner erfolgen sollte. Dr. Schröder macht sich dabei hoffentlich nichts vor: Die Verteufelungs-, Hetz- und Haß-Kampagne, die gegen die Verträge und ihre Befürworter anrollt, ist in seinem Lager angekurbelt worden. Wir hängen gerade Dr. Schröder nicht die schrillen Schellen der "National-Zeitung" oder mancher Vertriebenen-Blätter und ähnlicher CDU/CSU-beeinflußter Organe um. Aber wenn er für Peärneß auch im Ratifizierungs-Kampf plädiert, dann sollte er kraft seiner Partei-Potenz und seiner persönlichen Autorität schleunigst dafür Sorge tragen, daß das verlogene Haßgeschrei vom "Verrat der Bundesregierung an den deutschen Interessen" im gesamten CDU- und CSU-beeinflußten Bereich verstummt. Der Appell in der "Zeit" allein kann nicht Alibi sein, wenn es den "Verrats- und Ausverkaufs"-Sirenen gelingen sollte, das politische Klima in der BRD gefährlich zu vergiften.

(oo/ex/3.2.1972/bgy)

+ + +

Skepsis und Hoffnung der "Europäischen Linken"

Gedanken zum dritten Kongreß der Bewegung
Europäischer Sozialisten in Paris

Von Gerhard Flämig MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Es war sicher ein Zufall, daß der dritte Kongreß der "Europäischen Linken" (Mouvement Socialiste Européen) ausgerechnet am 30. Januar in Paris stattfand. Dieses Datum ist für die Europäische Linke mit schlimmen Erinnerungen verknüpft. Bestimmt aber war es kein Zufall, daß Reminiszenzen an die gescheiterte Volksfrontpolitik der dreißiger Jahre, an Triumph und spätere Niederlage des Nationalismus unausgesprochen durch die Debatten dieses Kongresses weberten. Dabei standen auf der Tagesordnung Zukunftsprobleme: Die Entwicklung der neuen Gesellschaft, ihre technologischen und atomaren Antriebskräfte, ihre Vorzüge und Nachteile und die Rolle der Sozialisten in dieser Entwicklung. Und auch dies: Die Verteidigung der Bürgerrechte und der Rechte der Arbeitnehmerschaft - die Sozialisten von den politischen Problemen des erweiterten Europas.

Das Aufgebot an Referenten und Diskussionsteilnehmern war beeindruckend. Da sprach Altiero Spinelli, Mitglied der Europäischen Kommission und Mario Zagari, der italienische Außenhandelsminister. Da sprach der dänische Minister für Außenwirtschafts- und Europafragen Norgaard. Die meisten Debattenredner waren aktive Mitglieder ihrer nationalen Parlamente, nicht selten zugleich auch des Europäischen Parlaments. Der Präsident der Europäischen Linken, der Engländer Sir Geoffrey de Freitas, zeigte sich von diesem Aufgebot beeindruckt. Ob er mit dem Ergebnis des dritten Kongresses zufrieden ist, steht auf einem anderen Blatt.

Es hatte so vielversprechend begonnen. Gérard Jaquet, der Präsident der französischen Sektion der Europäischen Linken, und Arthur Palmer, britischer Unterhausabgeordneter und Technologie-Spezialist seiner Fraktion, hatten in klugen Beiträgen die Problematik der Technologie und ihres wachsenden Einflusses auf die Politik und die Umwelt des Menschen dargestellt. In der anschließenden Diskussion kam zum Ausdruck, wie notwendig es ist, daß

sich die Sozialdemokraten in den Ländern der erweiterten Europäischen Gemeinschaft auf diesem zukunftssträchtigen Feld besser koordiniert bewegen müssen. Ein Diskussionsredner meinte hoffnungsfroh: "Während sich bisher die Linke über philosophische Fragen die Köpfe heiß redete, haben die anderen die Weichen gestellt und Politik gemacht. Das muß jetzt anders werden!" Prompt wurden in der Aussprache konkrete Aussagen zu technologischen Problemen wie Energieversorgung, Stahlproduktion, Kohlesituation, Automatisierung, Einfluß der Datenverarbeitung auf den Arbeitsmarkt und anderes gemacht. Funktionäre der Europäischen Kommission von Brüssel ließen durchblicken, für solch konkretes Wirken sei die Gemeinschaft bereit, Mittel zur Verfügung zu stellen, denn es diene der europäischen Sache.

Als der Kongreß dann aber zu den gesellschaftspolitischen Themen übergang, zogen die Nebel wieder auf. Mit gewaltigem Wortschwall warnten die Delegierten der Sozialistischen Partei Italiens vor den Gefahren des Neofaschismus. Die Franzosen, ohnehin frustriert ob ihrer politischen Zersplitterung und Bedeutungslosigkeit, beschränkten sich auf Gemeinplätze. Die Engländer versicherten, die Labour Party habe immer an Europa gedacht und werde auch in Zukunft an Europa denken; nur im Moment seien die Europäer in der Fraktion in der Minderheit. Die Dänen und Norweger freuten sich zwar, zum ersten Male eingeladen und dabei zu sein, betonten aber zugleich, wie wichtig es sei, Ausnahmeregelungen zuzustimmen. Skeptische Beobachter kraulten sich fassungslos am Kopf und konnten die Frage nicht unterdrücken: Gibt es überhaupt "die Europäische Linke", oder ist dies nur die Summe einer beeindruckenden Vielfalt?

Immerhin war man sich darüber einig, daß bis jetzt das Europa der Bosse besser funktionierte als das Europa der Arbeitnehmer. Doch diese und andere Erkenntnisse und insbesondere die Schlußfolgerungen daraus verdichteten sich leider nicht zu einer einheitlichen Aussage. Die europäische Linke in Paris hatte nicht die Kraft zu einer Resolution.

In der Abschlußveranstaltung kam dann doch Übereinstimmung zum Ausdruck. Man ist sich einig, daß dies mit Abstand der interessanteste Kongreß der Europäischen Linken war, daß das Gespräch fortgesetzt werden muß und daß man tatsächlich, um zur Koordination und Meinungsbildung zu kommen, ganz konkrete Fragen zum Thema der nächsten Konferenz machen sollte. Wie weit es wirklich zur Zusammenarbeit kommt und kommen kann, ist noch ungeklärt. Die Skepsis der Vertreter des SPD-Parteivorstandes auf diesem Gebiete ist, so wie die Dinge bisher liefen, verständlich.

Doch sie müssen nicht in alle Zukunft so weiterlaufen.

(-/ex/3.2.1972/ks)

+ + +

Krankenhausbau - eine öffentliche Aufgabe

Milliardendefizit-Ausgleich nicht auf Kosten der Patienten

Von Dr. med. Hans Bardens MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend/Familie/

Die Krankenhausversorgung der Bevölkerung in der Bundesrepublik ist trotz mancher Mängel im Verhältnis zu vergleichbaren Ländern durchaus gut. Nur ist dieser gute Standard seit Jahren gefährdet, weil die Krankenhäuser jährlich Milliarden-Defizite erwirtschaften. Ursache dafür ist, daß die gezahlten Pflegesätze die Selbstkosten eines sparsam wirtschaftenden Krankenhauses nicht mehr decken.

Im Jahr 1966 wollte die damalige CDU/CSU-Regierung das Problem dadurch "lösen", daß sie in einer neuen Pflegesatzverordnung vollkostendeckende Pflegesätze vorschreiben wollte. Dies hätte bedeutet, daß schon damals die Mitglieder der Krankenkassen rund 1,5 Milliarden DM pro Jahr zusätzlich hätten aufbringen müssen.

Die SPD dagegen hat schon immer die Ansicht vertreten, daß Errichtung und Einrichtung von Krankenhäusern eine öffentliche Aufgabe sei. Konsequenterweise hat die Regierung der sozialliberalen Koalition nach einer entsprechenden Änderung des Grundgesetzes den Entwurf für ein "Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Pflegesätze" vorgelegt, das vom Bundestag am 4. Februar 1972 verabschiedet werden soll.

Das Gesetz geht davon aus, daß die Finanzierung der Bereitstellung von Krankenhäusern eine öffentliche Aufgabe ist. Die Investitionskosten sollen deshalb von Bund und Ländern getragen werden, während die Benutzer über teilkostendeckende Pflegesätze die laufenden Kosten aufbringen. Dadurch wird endlich eine klare Finanzierungsregelung geschaffen, die die Defizite der Krankenhäuser beseitigt und die wirtschaftlichen Grundlagen für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Krankenhäuser sichert.

Krankenhäuser werden allerdings nur dann öffentlich gefördert, wenn sie in die Krankenhausbedarfspläne der Länder aufgenommen werden. Damit wird gesichert, daß die regionale und fachliche Verteilung der Krankenhäuser dem wirklichen Bedarf entspricht und von den einzelnen Krankenhäusern auch die Bedingungen einer modernen Ansprüchen genügenden Versorgung erfüllt werden. Fragen der inneren Struktur der Krankenhäuser konnten schon aus verfassungspolitischen Gründen im Krankenhausfinanzierungsgesetz nicht geregelt werden. Die Koalitionsfraktionen haben deshalb einer Entschließung zugestimmt, die alle Beteiligten auffordert, die verbesserte wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser zu nützen, um den Kranken ein umfassendes Angebot an Krankenhausleistungen zur Verfügung zu stellen, so daß jeder Patient seinen Wünschen entsprechend untergebracht werden kann. Die Art der Unterbringung sollte dabei nicht an Behandlungsverträge mit einzelnen Ärzten gekoppelt sein.

Die jetzt beschlossene Krankenhausfinanzierung war mit allen Einzelheiten vor der Bundestagswahl 1969 von der SPD angekündigt worden. Sozialdemokraten haben wieder einmal Wort gehalten. + + +
(-/ex/3.2.1972/bcy)